

Ehrung von Rosa und Karl
Sonntag, 13. Januar, 9 Uhr,
Gedenkstätte der Sozialisten,
Friedrichsfelde



Foto: Jörg Rückmann

Wieder in den Bundestag

Gesine Lötzsch ist die Direktkandidatin der Lichtenberger LINKEN für die Bundestagswahl 2013. So beschloss es die Vertreterversammlung der Partei Ende November. Diesen Wahlkreis zu gewinnen ist für DIE LINKE von bundesweiter Bedeutung. Vor zehn Jahren war die PDS einzig durch die Direktwahl von Petra Pau (Marzahn-Hellersdorf) und Gesine Lötzsch weiterhin im Bundestag vertreten, obwohl die fünf Prozent von der Partei nicht erreicht worden waren.

Im kommenden Jahr will die erste gesamtdeutsche linke Partei DIE LINKE zum zweiten Mal mit einem guten Ergebnis ins Parlament einziehen.

Die politische Konkurrenz im Bezirk muss ihre Kandidatinnen und Kandidaten erst noch bekannt machen. Gesine Lötzsch kann in dieser Hinsicht auf einen erheblichen Vorsprung bauen. Zehn Jahre für Lichtenberg im Bundestag sind gewichtig: Zahlreiche Veranstaltungen im Bezirk, tausende Besucherinnen und Besucher im Bundestag

und ungezählte Straßenaktionen gehören zur Bilanz. Gesine Lötzsch griff die Themen aus ihrer Wahlkreisarbeit auf und brachte sie in den Bundestag. Sie stimmte gegen Kriegseinsätze, gegen die Hartz-Gesetze, gegen die Praxisgebühr, für Rentengerechtigkeit und Mindestlohn.

Gestalten ist auch aus der Opposition heraus möglich – das hat die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete in den vergangenen Jahren bewiesen. Und auch, dass der Kampf für eine solidarische Gesellschaft sich in allem, was man tut, spiegelt. „Lesen gegen das Vergessen“ zum Jahrestag der Bücherverbrennung auf dem Bebelplatz oder die jährlichen Antifa-Reisen für Jugendliche sind, wie die Griechenland-Solidaritätsaktion aus diesem Jahr, Aktivitäten, die für eine solche solidarische Gesellschaft stehen und die Gesellschaft schon jetzt solidarischer machen – für Lichtenberg und über viele Grenzen hinaus.

Katrin Peterman

● www.gesine-loetzsch.de

Jetzt erst recht!

Von Evrim Sommer, Bezirksvorsitzende der LINKEN. Lichtenberg

2012 war ein schwieriges Jahr. Wir mussten uns daran gewöhnen, nicht mehr in der Berliner Regierung zu sein und auch in Lichtenberg von einer Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Grünen regiert zu werden. Und das, obwohl wir immer noch die stärkste Partei im Bezirk sind. Das klingt paradox und ist doch wahr. Wir sind die stärkste Fraktion und doch Opposition. Kaum an der Macht, schlug die Zählgemeinschaft vehement zu: Bürgerkommune ade, Bürgerhaushalt für die Katz, Entscheidungen hinter verschlossenen Türen und immer wieder Ausgrenzung der LINKEN.

Wir sind in Lichtenberg in einer neuen Situation. Wir müssen uns stärker in Bürgerinitiativen verankern, mehr Menschen für unsere Politik gewinnen, wieder die Partei sein, die für die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger eintritt und den Menschen eine Stimme gibt. Eine Niederlage kann auch eine Chance sein, und diese müssen wir wahrnehmen. Es gibt keine andere Partei, die wie wir für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Mitbestimmung steht. Dies müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, insbesondere im Wahljahr 2013.

Im nächsten Jahr haben wir ein ganz konkretes Ziel: Wir wollen Gesines Direktmandat verteidigen. Und wir wollen DIE LINKE im Bundestag so stark wie nur möglich machen. Es ist nun wichtig, offensiv und kreativ unsere Ziele den Menschen zu vermitteln und zu zeigen, dass es keine Alternative zur LINKEN gibt. Demokratie ohne uns geht nicht.

Liebe Leserinnen und Leser

Die „info links“-Redaktion wünscht Ihnen ein schönes und friedliches Weihnachtsfest, eine glückliche Ankunft im Neuen Jahr sowie Kraft und gute Ideen für unsere gemeinsamen politischen Vorhaben.



„Ich leiste mir ein Sozialticket“

Martina Kinder zog vor elf Jahren von Hellersdorf nach Hohenschönhausen. Trotz zahlreicher Umschulungen und Weiterbildungen fand die gelernte Gärtnerin nach der Wende keine Anstellung mehr und lebt nach vielen Jahren der Arbeitslosigkeit heute von Frührente.

● Warum sind Sie bereit, so öffentlich über Ihr Leben zu erzählen?

Es macht mich wahnsinnig, wenn man in der Zeitung liest, wie gut es den Deutschen doch geht. Da wird von Durchschnittslöhnen um die 2000 Euro und von hohen Ostrenten gesprochen. Ich gehöre jedenfalls nicht zu dieser Gruppe, und ich stelle das gern öffentlich klar.

● Bis zur Wende waren sie beim VEB Gartenbau beschäftigt. Was kam danach?

Nach meiner Kündigung 1990 war ich zunächst arbeitslos und bekam eine ABM-Stelle in einer Schulbibliothek. Ab 1994 galt ich als schwer vermittelbar. Ich habe seitdem zwei Weiterbildungen zur Bürofachkraft abgeschlossen, war selbstständig, arbeitete in einer Großküche und bei einer Fahrschule als Sekretärin. Zuletzt war ich in einem Callcenter beschäftigt.

● Sie leben heute von Frührente, weil Sie unter Depressionen leiden ...

Ja, ich erhalte Frührente wegen voller Erwerbsminderung. Das beschränkt sich auf 374 Euro Grundsicherung zuzüglich der Kosten der Unterkunft. Große Sprünge kann man davon nicht machen. Ich leiste mir mein Sozialticket und bin glücklich mit meiner Wohnung. Urlaubsreisen sind nicht drin, aber ich

freue mich, wenn mir meine Tochter von ihren Reisen erzählt.

● Sie haben zwei Töchter, wie geht es denen?

Meine große Tochter hat einen festen Job. Meine kleine Tochter hat gerade ihr Informatik-Studium beendet und ist jetzt auf Arbeitssuche. Ich hätte sie gerne bei ihrem Vorhaben unterstützt, ein Praktikum im Ausland zu machen. Aber das war einfach nicht drin. Für Ihren Computer, den sie für ihr Studium benötigte, haben ihre Schwester und ich zusammengelegt. Die beiden helfen sich auch gegenseitig.

● Bis zu Ihrer Frühverrentung waren Sie sogenannte „Kundin“ beim Job-Center. Welche Erfahrungen haben Sie mit dem Job-Center gemacht?

Die ersten Bearbeiter waren noch recht freundlich. Doch mit Beginn von Hartz IV hat sich der Ton massiv verschärft. Obwohl ich mich noch in einer Umschulung befand, wurde ich z. B. aufgefordert, mich bei einer Immobilienagentur zu bewerben. Als ich bereits wegen Depressionen krank geschrieben war, wurde ich unter Androhung von Sanktionen dazu gedrängt, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben.

● Was erwarten Sie von der Politik?

Die Politiker sollen die Leute vertreten, nicht ihre Portemonnaies. Nebenverdienste von Bundestagsabgeordneten gehören verboten. Und ich bin für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, dann würde es auch keine Armutsrenten geben.

Das Interview führte Norman Wolf.



Foto: Jörg Rückmann

Armut gibt es im reichen Deutschland nicht wenig. Ein gesetzlicher Mindestlohn, Abschaffung der Rente erst ab 67, Umverteilung von oben nach unten änderten daran vieles.

KOMMENTIERT

Fluch der bösen Tat

Alle, die für die Personalkürzungen im Bezirk verantwortlich sind, geben sich als Opfer der Schuldenbremse – der Finanzsenator, der Bezirksbürgermeister, die Abgeordneten von SPD und CDU. Doch die Schuldenbremse ist keine Naturgewalt; sie wurde von allen Parteien – außer der LINKEN – politisch gewollt. Nur wegen des Neins der mitregierenden LINKEN war der Senat 2009 im Bunderrat zur Stimmenthaltung gezwungen, aber eine Allianz von Schwarz bis Grün setzte die Schuldenbremse durch. Und deren Folgen erleben wir jetzt.

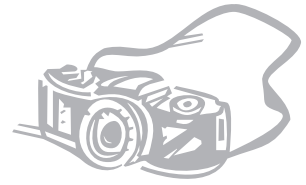
Wirklich Opfer sind „nur“ die Beschäftigten im Rathaus, deren Stellen – bei wachsenden Aufgaben – um 10 Prozent reduziert werden. Für die Bevölkerung bedeutet das: keine Hoffnung auf kürzere Wartezeiten, auf wohnortnahe Ämter, auf mehr Ordnungskräfte sowie auf mehr Jugend- und Seniorenangebote.

Wie ernst gemeint ihre Solidaritätspesen gegenüber den Beschäftigten waren, bewiesen die Lichtenberger Abgeordneten Ole Kreins, Birgit Monteiro und Karin Seidel-Kalmutzki (alle SPD) sowie Danny Freymark (CDU) im Abgeordnetenhaus. In zwei Abstimmungen hatten sie die Chance, die personalpolitische Geisterfahrt zu stoppen. Wie es die Abgeordneten der LINKEN versuchten, die zugleich eine Gegenfinanzierung für eine vernünftige Personalausstattung anboten. Doch zweimal verspielten SPD und CDU diese Chance.

Als die Linksabgeordneten aus Lichtenberg das öffentlich machten, wurden sie von Bürgermeister Geisel gezeißelt, parteipolitische Zwecke zu verfolgen. Nichts sagte dieser zu den Abgeordneten von SPD und CDU, die zweimal den Bezirk auf dem Altar der Parteiinteressen geopfert hatten,

„Was, der auch?“, rief die Leiterin eines Jugendclubs aus, als sie auf der Abstimmungsliste Danny Freymarks Stimmverhalten entdeckte. Sie hatte dem CDU-Jungstar und seinem Brustton der Überzeugung vertraut. Doch Täter solidarisieren sich nicht wirklich mit ihren Opfern, und Politik hat oft mit Moral nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Peter-Rudolf Zottl



Anmerkungen zum Kulturhaus Lichtenberg

● „info-links“-Leser **Eberhard Albrecht schreibt:** Mit zunehmender Sorge sehe ich die Entwicklung des Kulturhauses in Karlshorst. Trotz der dezenten Hinweise, die mittlerweile an einer Tür und mehreren Fenstern angebracht wurden, erkennt nur der Eingeweihte auf den ersten Blick die neu erbaute und erst Anfang Mai dieses Jahres feierlich eröffnete Kulturstätte. Gut sichtbare Wer-

zu geben. Tausende Fahrzeuge und Fußgänger passieren täglich das Haus und staunen bestenfalls über eine neue Zahnklinik, die dort ihr Domizil gefunden hat.

Die Programme, die über Ausstellungen, Konzerte, Lesungen und vieles mehr informieren, erreichen zu wenig Menschen. Die eindeutige Orientierung auf Kunst und Kultur in möglichst vielen Facetten, profes-

vor der Amtszeit der jetzigen Kulturstadträtin Kerstin Beurich (SPD) lagen. Genau die Vorgänge, die jeder kennen kann, denn sie waren und sind auf der von Ihnen so schmerzlich vermissten und dann auf so wundersame Weise (nach Intervention der LINKEN) wieder aufgetauchten Seite nachzulesen. Seit der Amtsübernahme durch Frau Beurich hat es exakt eine (in Zahlen: 1) Information auf diese Übersichtsseite geschafft. Und zwar die Presseerklärung zur Eröffnung des Kulturhauses Anfang Mai dieses Jahres.

Was aber ist inzwischen noch geschehen? Die langjährige Kulturamtsleiterin wurde aus dem Amt gekickt. Die Kulturhausleitung wechselte schon nach kurzer Zeit. Ein „künstlerischer Leiter“, der nie zuvor eine Rolle spielte, kam über Nacht ins Amt. Das zunächst von der Kulturstadträtin Beurich öffentlich gelobte Konzept für das Kulturhaus wurde Tage später von ihr als nicht akzeptabel verworfen. Konzepte für die Außenwerbung sind bis heute nicht umgesetzt.

Ist das Kulturhaus also überhaupt nutzbar? Natürlich ist es das.

Es ist kein Riesenhaus, nein. Sein Saal hat maximal 199 Plätze. Dazu kommen Proben- und Arbeitsräume sowie eine Galerie im Erdgeschoss. Das ist allen Beteiligten aus dem Raumkonzept vom Februar 2006 bekannt und von der AG Kulturhaus später bestätigt worden. Dieses Raumangebot hat etwas mit Mietkosten und mit baulichem Aufwand zu tun, der in Grenzen gehalten werden musste. Schließlich war es der Wunsch der SPD, keine Konkurrenz zum Theater Karlshorst und zur Max-Taut-Aula zu bauen.

Ja, das Kulturhaus kostet viel Miete, und die steigt auch leicht an. Aber auch diese Entscheidung war im Bezirksamt und im Kulturausschuss unter den Beteiligten aller Parteien unstrittig, weil der Bezirk das alte Kulturhaus nie und nimmer hätte sanieren können. Die Miete ist ordentlich geplant und kann erwirtschaftet werden.

Statt die Einmaligkeit eines Kulturhaus-Neubaus mit gutem Programm zu feiern, findet in Karlshorst tatsächlich aber kaum etwas statt. Dafür ist das Haus nun wirklich zu teuer. Hartnäckig hält sich das Gerücht, dass es in freie Trägerschaft soll und der Trägerverein aus den Reihen der Zählgemeinschaft schon bestimmt sei. DIE LINKE wird aufmerksam beobachten, was hier gespielt wird.

Tatjana Behrend und Jürgen Hofmann, Mitglieder des Kulturausschusses der BVV

Foto: Jörg Rückmann



bung gibt es nach wie vor nicht, einen Veranstaltungskalender muss man suchen. Die Galerie ist seit Wochen geschlossen, weil sie sich ohne Angabe von Gründen „vorübergehend im Umbau“ befindet. Als ich mich vor kurzem im Internet schlau machen wollte, war der Link www.kulturhaus-karlshorst.info, der noch kurz vor meiner Suche auf der Seite des Bezirksamtes gestanden hatte, plötzlich verschwunden, um dann wenige Tage später wieder dort aufzutauchen. Wundersames geschieht mit dem Kulturhaus. Nur Kultur scheint nicht stattzufinden. Oder?

● **Dieter Görsdorf vom Ortsverband DIE LINKE in Karlshorst meint:** An das neue Kulturhaus knüpfen sich Hoffnungen und Erwartungen, auch wenn klar war, dass es quantitative Einschränkungen sowie eine neue inhaltliche Konzeption geben werde. Nach der schwierigen Startphase, setzte jedoch recht schnell Ernüchterung ein.

Neben baulichen und technischen Beanstandungen, die sich vermutlich beheben ließen und lassen, ist zum Beispiel nicht nachvollziehbar, dass es bis heute nicht gelungen ist, dem Kulturhaus an der Außenfassade und weithin sichtbar seinen Namen

Das Kulturhaus Karlshorst: Nur ein paar Aufkleber in den Fenstern der ersten Etage weisen auf den Kulturstandort hin.

nell und von Laien dargeboten, ist gewollt. Dabei bleiben allerdings die Elemente eines Klub- oder Volkshauses – eines gesellschaftlichen Zentrums – auf der Strecke.

Das alte Kulturhaus bot – trotz aller Unzulänglichkeiten – Initiativen, Organisationen, Vereinen, auch den Ortsverbänden der Parteien für öffentliche Veranstaltungen mit ihren Abgeordneten eine Heimstatt.

Warum sollte das – zu erschwinglichen Gebühren – nicht auch im neuen Haus möglich sein?

Kulturhaus im Dunkeln? DIE LINKE macht das Licht an

Lieber Herr Albrecht, lieber Genosse Görsdorf, zunächst die gute Nachricht: Es gibt einen mit den Stimmen der Zählgemeinschaft aus CDU, SPD und Grünen eingesetzten Sonderausschuss zur Untersuchung der Vorgänge im Kulturhaus. Nun aber die schlechte: In diesem Ausschuss sollen ausschließlich Dinge besprochen werden, die



Lokalpolitik in Europa

Während meiner Reise Anfang Oktober nach Brüssel gab es in der Hauptstadt der EU vor allem ein Thema: die Krise und ihre unmittelbaren Auswirkungen. Ich traf mich mit 99 Kommunalpolitiker/-innen aus verschiedenen Ländern der Europäischen Union und mit unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten. Möglich gemacht hat das die Europäische Kommission. Wir waren sozusagen die Versuchskaninchen für das neue Programm „Erasmus für lokale und regionale Mandatsträger“.

Die Kommission begründet es so: „Mit zunehmender Aufmerksamkeit für die Regierungsführung in einem Mehrebenensystem gewinnt die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an Bedeutung.“ Was für mich heißt: Bekommen es die großen Mächtigen nicht hin, werden die kleinen Lokalheldinnen und -helden stärker eingebunden.

Ziel des Programms ist es, lokale und regionale Mandatsträger/-innen in der multilateralen Zusammenarbeit auf EU-Ebene zu unterstützen. Es soll uns helfen, die Kohäsionspolitik der EU (Kohäsion: wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt) besser umzusetzen und den Erfahrungsaustausch zu fördern.

Um uns für diese Herausforderung fit zu machen, besuchten wir die „Open Days“. Diese Europäische Woche ist eine jährlich stattfindende Veranstaltung, in der Städte und Regionen zeigen, wie sie Wachstum und Beschäftigung schaffen und die Kohäsions-

politik der Europäischen Union umsetzen. Das Programm umfasste über 100 Workshops und jede Menge Netzwerktreffen. Insgesamt nahmen 2012 knapp 6000 Menschen daran teil.

Die Neuausrichtung der EU-Kohäsionspolitik dominierte die Inhalte der Workshops. Die laufende Förderperiode wurde ausgewertet, gute Projekte wurden vorgestellt und Grenzen der Strukturfonds, wie z. B. EFRE und ESF, erörtert. Durch die Krise und die erweiterte EU haben sich die Herausforderungen geändert.



10th European Week of Regions and Cities Brussels 8 - 11 October 2012

In den Workshops spielten drei Themen eine große Rolle: die Entwicklung des ländlichen Raums vor allem in strukturschwachen Regionen, die Jugendarbeitslosigkeit sowie Energie. Für die nächste Förderperiode 2014 bis 2020 sollen dazu tragfähige Programme entwickelt werden. Zukünftig soll es verstärkt möglich sein, für ein Projekt alle fünf Strukturfonds zu kombinieren. Ein Beispiel hierfür ist das Programm der parti-

zipativen integrierten lokalen Entwicklung (CLLD). Individuelle Entwicklungsstrategien einer Region sollen dabei von lokalen Initiativen ausgearbeitet und umgesetzt werden. Das klingt nicht gerade nach einem konkreten Plan. Den gibt es auch nicht.

In den Workshops fiel mir eines auf: Geld spielt keine Rolle. Dabei war schon im Oktober klar, dass die EU-Haushaltsverhandlungen im November scheitern werden. Auch der sogenannte Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) von 2014 bis 2020 wird zurzeit heiß diskutiert. In Zeiten der Krise stößt die Solidarität an ihre Grenzen. Auch dieses Thema wurde ausgespart.

Zur Sache ging es dagegen in den Gesprächen unter uns Kommunalpolitiker/-innen. „Seid ihr in der Merkel-Partei?“, wurden wir immer wieder gefragt. Da wir alle verneinen konnten, stimmten wir in die Kritik an Merkels Politik ein.

Die Teilnehmer/-innen aus Griechenland berichteten über eine Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent, von Stillstand, Perspektivlosigkeit, Ohnmacht und einer nicht aufzuhaltenden Abwärtsspirale. Unwirklich schienen die Gespräche bei einem Dinner – ausgerichtet vom europäischen Ausschuss der Regionen – mit Kaviar, Schnecken, Wein und andere Delikatessen.

Nächstes Frühjahr geht es für uns Erasmussteilnehmer/-innen in ein anderes EU-Land, um uns konkrete Projekte anzuschauen. Welches das sein wird, wurde noch nicht verraten. Hoffentlich ist es nicht Deutschland. Die meisten wünschen sich Malta – wegen der Sonne. *Hendrikje Klein*

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Teures Hubertusbad

Für die Sanierung des Hubertusbades werden 20 Mio. Euro benötigt, teilt die Finanzverwaltung mit. Seit 2001 wurden rund 377 000 Euro zum Erhalt des Gebäudes aufgewandt. Derzeit liegt ein Kaufangebot vor, das eine Nutzung als Hotel und Konferenzzentrum vorsieht.

Saubere Gaststätten

Die Ergebnisse der Hygienekontrollen in Lichtenberger Gaststätten sind jetzt unter www.berlin.de/ba-Lichtenberg nachlesbar. Damit verwirklicht das Bezirksamt ein bereits 2007 von der Linkspartei angeschobenes Projekt nach dänischem Vorbild.

Gutshaus-Zukunft

Der Verkauf des Grundstückes Gutshaus Malchow wird derzeit zwischen der Humboldt-Universität und der Synanon-Stiftung verhandelt. Investoren müssen eine Umnutzung vorab mit dem Bezirk abstimmen. Dies ergab eine Anfrage der LINKE-Abgeordneten Katrin Lompscher und Dr. Wolfgang Albers.

Rathaus aufgefrischt

Nach der Wiederherstellung des Glasmosaiks am Rathaus werden nun auch die übrigen Glasmosaiken aufgefrischt. „Auch die Zinnen müssen auf Standsicherheit überprüft werden“, sagt der zuständige Bezirksstadtrat, Dr. Andreas Prüfer (DIE LINKE).

Neue Straßenbäume

Von der Archenholdstraße bis zu den Krugwiesen pflanzen Lehrlinge des Bezirksamtes 238 neue Straßenbäume. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln des Bezirks- und Landeshaushaushaltes.

Am Prerower Platz einziehen

Ein Nutzungsmix aus Wohnungsbau und Einzelhandel ist am Hohenschönhausener Zentrum nordöstlich der Falkenberger Chaussee vorgesehen. Über die 11 836 m² große Grundstücksfläche werden zurzeit Kaufverhandlungen geführt, teilt der Senat auf eine Anfrage der Abgeordneten Katrin Lompscher (DIE LINKE) mit.

Straßennamen erinnern

Vor 23 Jahren wurde meine Tochter in die Mildred-Harnack-Oberschule in der Schulze-Boysen-Straße eingeschult. Wir wohnten in der Wilhelm-Guddorf-Straße, und es gefiel uns, dass Antifaschisten und Widerstandskämpfer auch in dieser Form in der DDR geehrt wurden.

Kürzlich wurde ich in einer Diskussion wieder einmal damit konfrontiert, dass ich mich von kommunistischer Ideologie und ihrer Indoktrination nicht befreit habe, da der Antifaschismus in der DDR verordnet war. Dieser verordnete Antifaschismus sollte der SED dazu dienen, ihre Diktatur zu legitimieren und ihre eigenen Verbrechen zu kaschieren.

Mir ist durchaus bewusst, dass die Heldinnen und Helden der Vergangenheit heute anders gesehen werden und in einem anderen Licht erscheinen. Und oft ist es so, dass heute verteufelt wird, wer früher hoch geehrt wurde. Es drängt sich die Frage auf, ob dies auch für die „Musiker“ der „Roten Kapelle“ gilt.

Wobei der Begriff „Rote Kapelle“ von der Gestapo erfunden und auf verschiedene Gruppen in Deutschland und Westeuropa angewandt wurde.

Die Straßen im Kiez Frankfurter Allee Süd sind nach den Mitgliedern der Gruppe um Harro Schulze Boysen und Arvid Harnack benannt. Sie hatten – wie andere auch – Widerstandsaktionen gegen die Hitlerdiktatur und gegen den von Nazi-Deutschland ausgehenden Vernichtungskrieg durchgeführt. Sie standen dabei an der Seite der Sowjetunion und zogen sich daher den besonderen Hass der faschistischen Machthaber zu.

Ihnen wurde ein kurzer Prozess gemacht, und sie wurden als Verräter zum Tode verurteilt. Am 22. Dezember 1942 begannen die Hinrichtungen in Plötzensee. Unter den ersten waren Harro Schulze Boysen, Arvid Harnack und Hans Coppi.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Sie waren Kämpfer gegen Faschismus und Krieg und haben ein ehrendes Gedenken verdient. Am Gedenkort für die Mitstreiter der „Roten Kapelle“ vor der Mildred-Harnack-Schule kann ein Blümchen abgelegt werden. Denn auch nach 70 Jahren sind sie es Wert.

Manfred Meineke

Politische Bildungsarbeit nimmt Fahrt auf

Am 19. November hat der Bezirksvorstand der LINKEN seine Zustimmung zu den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft Politische Bildung für die Arbeit in den kommenden Monaten bekundet.

Im Mittelpunkt der Arbeit werden Veranstaltungsangebote rund um die inhaltlichen Schwerpunkte des Wahlkampfes für die Bundestagswahlen im Herbst kommenden Jahres stehen. Damit wollen wir unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer fit machen für die Gespräche mit Wählerinnen und Wählern am Infostand, im Wohnumfeld und im Bekanntenkreis. Der Auftakt wird ein po-

litischer Bildungstag im Januar 2013 rund um die Wahlstrategie unserer Partei und deren konkrete Umsetzung im Wahlkampf in Lichtenberg sein.

Folgen sollen dann weitere Veranstaltungen zu Positionen unserer Partei zum sozial-ökologischen Umbau sowie zur Mieten- und Rentenpolitik. Ab Februar 2013 wollen wir auch Veranstaltungen zu ausgewählten weiteren Themen organisieren, die im dann vorliegenden Entwurf des Wahlprogramms stehen. Die Lichtenberger LINKE wird sich aktiv an den Diskussionen zum Wahlprogramm beteiligen und mit Bürgerinnen und Bürgern, Bündnispartnern, Initiativen und Verbänden vor Ort ins Gespräch kommen.

Schon jetzt können sich alle einbringen, die am Wahlprogramm mitarbeiten wollen. Am einfachsten geht es per Internet (unter www.die-linke.de/dielinke/wahlen/debatte-zumbundestagswahlprogramm). Wichtig ist, dass sich möglichst viele Mitglieder der Partei, aber auch Bündnispartner, Sympathisantinnen und Sympathisanten und interessierte Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen, denn es soll das beste Wahlprogramm aller Parteien werden.

Michael Stadler

Noch ausstehende Beiträge abrechnen!

Entsprechend tariflicher Vereinbarung und wegen Urlaub bleibt die Geschäftsstelle der LINKEN vom 21. Dezember 2012 bis 4. Januar 2013 geschlossen. Bitte alle noch ausstehenden Beiträge bis Donnerstag, den **20. Dezember 2012**, abrechnen. *Wolfgang Schmidt*

Veranstaltungen

- **Sonntag, 9.12., 12 Uhr**
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Quo vadis Amerika“, mit Victor Grossmann; Alfred-Kowalke-Straße 14
- **Montag, 10.12., 15.30 Uhr**
Dia-Vortrag über das Antifa-Treffen 2012 in Malá Úpa, mit Silke Wenk, Begegnungsstätte LIBEZEM, Rhinstraße 9
- **Donnerstag, 13.12., 17 Uhr**
Tagung der BVV Lichtenberg, Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Dienstag, 18.12., 18 Uhr**
Reihe „geDRUCKtes“: Was ist das Leben? Indianische Texte und Gedanken, mit Gojko Mitic und Gesine Löttsch; Karl-Liebkecht-Haus, Anmeldung: 24 009 548
- **Mittwoch, 19.12., 14 Uhr**
Meeting in Erinnerung an die vor 70 Jahren ermordeten Mitglieder der „Roten Kapelle“ am Denkmal in der Schulze-Boysen-Straße
- **Donnerstag, 20.12., 17 Uhr**
Weihnachtssingen mit dem Bezirksvorstand der LINKEN, der BVV-Fraktion, mit BOs und Anwohnern; „Kiezspinne“, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Sonntag, 13.1.2013, ab 9 Uhr**
Ehrung von Rosa und Karl; Gedenkstätte der Sozialisten, Friedrichsfelde
- **Mittwoch, 23.1., 18 Uhr**
Reihe „geDRUCKtes“: Lassen Sie mich durch, ich bin Mutter, mit Anja Maier und Gesine Löttsch; Karl-Liebkecht-Haus, Anmeldung: 24 009 548

Basisgruppe wiederbelebt

Am 18. Oktober trafen sich auf Initiative der Stadträte Christina Emmrich und Andreas Prüfer (DIE LINKE) 17 Genossinnen und Genossen, die beim Bezirksamt beschäftigt sind. Sie haben die Basisgruppe „Rathaus“ wiederbelebt. Auch wenn alle Mitglieder regional verankert sind, wollen sie sich regelmäßig treffen. Dass dabei die Arbeit im Bezirksamt eine besondere Rolle spielt, ist klar. So bestimmte auch die Debatte um den Personalabbau die erste Zusammenkunft.

Wer also Mitarbeiter des Bezirksamtes ist und sich der LINKEN verbunden fühlt, melde sich bitte bei Andreas Prüfer.

Nachtrag für die Verschwörungstheoretiker: Nein, eine Betriebsparteiorganisation im Bezirksamt ist nicht geplant.



Hurrikan Sandy wütete auch in Kuba



Foto: ACPA/Kuba

Nicht nur in den USA hat „Sandy“ sein zerstörerisches Werk vollbracht – auch in Kuba hat dieser Hurrikan Schäden in Milliardenhöhe angerichtet: Über 200 000 Häuser, Betriebe der Landwirtschaft und Industrie, Tourismuseinrichtungen, Krankenhäuser und Schulen wurden beschädigt oder zerstört. Elf Menschen kamen ums Leben.

Schwerster Sturm seit 50 Jahren

„Sandy“ wurde vom Welternährungsprogramm der UNO als einer der schwersten Wirbelstürme eingestuft, von denen Kuba in den letzten 50 Jahren betroffen war. Das Land hat aber keine Lobby in den großen Medien, um – wie im Falle New Yorks – mit

Hilfe für Asylbewerber

Die Asylbewerberheime in Lichtenberg sind überfull – eine schwere Situation, für die Familien und deren Kinder. Wir wollen Hilfe leisten und sammeln deshalb Sachspenden.

Noch bis zum 19. Dezember können in der Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14 (Telefon: 512 20 47) sowie im Bürgerbüro von Gesine Löttsch, Ahrenshooper Straße 5 (Telefon: 99 27 07 25), Winterbekleidung für Kinder, Frauen und Männer sowie Kinderbücher und Spielzeug abgegeben werden.

Katrin Petermann

Zerstörtes Wohnhaus eines Rinderzüchters im Cuba Sí-Projekt Yateras (Guantánamo)

einer Flut von Artikeln und Sondersendungen bedacht zu werden.

Der Sturm fegte mit über 175 Stundenkilometern über den Osten der Insel, verursachte bis zu neun Meter hohe Flutwellen, starke Regenfälle und Überschwemmungen. Beim Auftreffen auf das Land verstärkte er sich sogar noch – ein Phänomen, das bisher noch nie beobachtet wurde.

Betroffen ist vor allem die Provinz Santiago de Cuba, die Auswirkungen sind aber auch in den Provinzen Guantánamo und Holguín und sogar in der rund 600 Kilometer entfernten Region um die Stadt Matanzas zu spüren.

Kuba arbeitet mit Hochdruck an der Beseitigung der Sturmschäden und kämpft zudem noch – trotz großer Anstrengungen in den letzten Jahren – mit den Reparaturen aus der Hurrikansaison 2008. Damals wurden in der westlichen Provinz Pinar del Río u. a. 500 000 Wohnhäuser zerstört.

Schäden in den Cuba Sí-Projekten

Betroffen von „Sandy“ sind leider auch die Landwirtschaftsprojekte von Cuba Sí in der Provinz Guantánamo: Zerstört wurden u. a. 80 Milchviehstallungen und Dutzende Wohnhäuser der Projektmitarbeiter. Allein 12 000 Quadratmeter Dachfläche in unserem Projekt hat der Sturm hinweggefegt.

Auch die Dächer der beiden Grundschulen in unserem Projektgebiet in den Gemeinden Jaibo und Santa María sind betroffen; der Unterricht kann dort derzeit nicht stattfinden. Hinzu kommen unterspülte Straßen und weggeschwemmte Brücken.

Der Hurrikan hat zudem unzählige Anpflanzungen von Obst, Gemüse, Kaffee und Futtermitteln vernichtet – 100 000 Hektar in der ganzen Provinz. Durch diese immensen Schäden ist eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Milch und anderen Lebensmitteln derzeit nicht gewährleistet. Dies betrifft u. a. auch rund 7 500 Kinder in unserem Projektgebiet.

Auch die Filiale unserer Partnerorganisation ACPA (Kubanische Vereinigung für Tierproduktion) hat der Sturm beschädigt.

Bitte helfen Sie!

Wir wollen die Schäden des Hurrikans in unserem Projekt schnell beheben, damit die landwirtschaftliche Produktion wieder aufgenommen werden kann.

Cuba Sí leistet eine umfassende finanzielle Hilfe, damit notwendige Materialien schnell vor Ort gekauft werden können, so z. B. Dachplatten für die Reparatur der beiden Landschulen, zahlreicher Wohnhäuser und der Stallungen.

Die Projektleitung und ACPA haben uns aber auch eine Liste übermittelt, was im Projekt und in der Region dringend benötigt wird und auf Grund des großen Bedarfs nach der Naturkatastrophe schwer zu bekommen ist. Cuba Sí wird deshalb auch Solidaritätscontainer mit materiellen Spenden – besonders wichtig sind Werkzeuge und Baumaterial – nach Kuba schicken. Auch zwei solarbetriebene Wasseraufbereitungsanlagen werden wir unseren kubanischen Freunden zur Verfügung stellen, außerdem Hygieneartikel und Gerätschaften für die Essenzubereitung. Diese Dinge sind notwendig, um Krankheiten, die häufig den Naturkatastrophen folgen, entgegenzuwirken zu können.

Cuba Sí ruft alle Kubafreunde auf, unsere Spendenkampagne zu unterstützen. Bitte helfen Sie, damit die Menschen in den betroffenen Gebieten schnell wieder in ihr normales Leben zurückfinden. Herzlichen Dank!

Jörg Rückmann/Cuba Sí

- **Spenden an:** DIE LINKE/Cuba Sí, Konto-Nr.: 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, **Bitte unbedingt den Verwendungszweck korrekt angeben:** „Milch für Kubas Kinder/Guantánamo“
- **Videoclip** unter www.cuba-si.org

Nachruf

Von Dr. Gesine Lötzsch, MdB

Wenn es um sparsames Haushalten geht, hat sich die Kanzlerin die schwäbische Hausfrau zum Vorbild genommen. Jetzt ist die schwäbische Hausfrau tot. Die Koalition hat sie auf dem Gewissen.

Sparen ist für die Regierung vor der Bundestagswahl zu einem Fremdwort geworden. Verkehrsminister Ramsauer hat für den Bayern-Wahlkampf 2013 einen Bonus von 750 Millionen Euro bekommen. Dies ist für mich illegale Parteienfinanzierung. Das betrifft auch das unsinnige Betreuungsgeld für Herrn Seehofer. Das kostet alle Steuerzahler ab 2014 jedes Jahr 1,2 Milliarden Euro. Damit werden die Bundesländer und Kommunen belohnt, die den Kita-Ausbau nicht vorangetrieben haben.

Das Betreuungsgeld ist ein klassisches Beispiel für einen finanziellen Fehlanreiz. Die 1,2 Milliarden Euro werden fast vollständig in die alten Länder fließen. Ostdeutschland bekommt keine Ausgleichszahlung oder einen Bonus für die gute Ausstattung mit Krippenplätzen. Wo ist denn da die angebliche Leistungsgesellschaft? Warum werden Kommunen, die lieber Straßen als Kitas bauen, belohnt, und Kommunen, die in Kitas investiert haben, bestraft?

Kriegskosten reduzieren

DIE LINKE hat viele Vorschläge gemacht, wo im Haushalt 2013 gespart werden kann. Besonders im Rüstungsbereich lassen sich Milliarden einsparen, ohne die Sicherheit der Bürger zu gefährden. Die Auslandseinsätze kosten schon jetzt eine Milliarde Euro im Jahr. Die Bundeswehrreform ist ein Fass ohne Boden. Die im Sparpaket der Bundesre-



Foto: Büro Lötzsch

gierung formulierten Ziele für die Bundeswehr wurden nicht im Ansatz erreicht. Im Gegenteil: Der Verteidigungsminister will immer mehr Geld haben.

Leider wurden alle unsere Vorschläge zur Reduzierung der Kriegskosten von der Koalition abgelehnt. Die Regierung ist auch nicht bereit, ungerechte Subventionen für Unternehmen abzubauen. Gerade wurde dem Bundestag von der Bundesregierung ein „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes“ vorgelegt. Dieses Gesetz beendet nicht die Subventionierung von Unternehmen, sondern fördert sie noch. Dem Bundeshaushalt gehen durch die Energiesteuer- und Stromsteuersubvention der Industrie 3,3 Milliarden Euro pro Jahr verloren.

Vorsorge treffen

Die Koalition hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Selbst die Deutsche Bank geht im aktuellen Konjunkturbericht von einem Stillstand der Wirtschaft im Winterhalbjahr aus. Wir fordern, Vorsorge zu treffen. Eine vorausschauende Politik muss zumindest den Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit wieder einführen, um ausreichend Kurzarbeitergeld zahlen zu können. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht. Sechs Milliarden Euro soll die Bundesagentur erhalten. Ich will daran erinnern, dass die Mehrwertsteuererhöhung 2005 auch damit begründet wurde, dass ein Prozentpunkt der Mehrwertsteuererhöhung der Bundesagentur zufließen soll, um Arbeitslosigkeit aktiv bekämp-

Mitte November führte Gesine Lötzsch diese Besuchergruppe durch den Bundestag. Wegen der riesigen Nachfrage mussten die Teilnehmer/-innen lange auf diesen Tag warten.

fen zu können. Das sind immerhin zwischen sechs bis zehn Milliarden Euro pro Jahr. Von der damaligen Begründung der Mehrwertsteuererhöhung will der Finanzminister heute nichts mehr wissen. Er saniert den Bundeshaushalt auf Kosten der Arbeitslosenversicherung.

DIE LINKE schlägt vor

Eine vorausschauende Politik muss ein finanzielles Polster anlegen. Wir fordern u. a. eine Vermögenssteuer in Form einer Millionärssteuer, eine Finanztransaktionssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz auf hohe Einkommen. DIE LINKE hat zahlreiche Änderungsanträge eingebracht, die alle ein Ziel verfolgen: einen Rettungsschirm für Arbeitnehmer, Familien, Rentner und Arbeitslose aufzuspannen. Mit unseren Steuervorschlägen könnten wir 61 Milliarden Euro pro Jahr mehr einnehmen. Dieses Geld brauchen wir dringend, um auf die kommende Krise vorbereitet zu sein.

Dieser kritische Nachruf auf die schwäbische Hausfrau zeigt, dass sie gar nicht so sparsam war, wie von der Kanzlerin behauptet. Wenn es um Kürzungen im Sozialbereich ging, war die Sparsamkeit legendär. Wenn es aber um Rüstungsaufträge oder Wahlgeschenke für Unternehmen ging, neigte die schwäbische Hausfrau zur Verschwendung.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar über

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de
- **Sprechstunden:** 19.12. und 9.1., jeweils 17 Uhr, Bürgerbüro (Bitte anmelden!)

Ihr Newsletter kann bestellt werden auf www.gesine-loetzsch.de. **Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!**



Frauen- und Mädchenpower auf dem Rasen



Foto: FFC 09

Er steht für eine sportliche Erfolgsgeschichte – der 2009 gegründete Frauenfußballverein Lichtenberger FFC 09 e. V. In ihm spielen derzeit mehr als 100 Mädchen und Frauen, verteilt auf sechs Mannschaften. Die jüngste Spielerin ist sieben Jahre alt. Der Verein ist mittlerweile einer der großen Frauenfußballvereine Berlins. Er betreut auch 120 Mädchen in Fußball-Schul-AGs – allesamt potenzielle Nachwuchsspielerinnen für die Mannschaften.

„Unser Verein kann eine Menge Qualität vorweisen“, sagt Horst Berndt, einer der Trainer des Vereins. Die Frauen-Mannschaft ist Tabellenführer der Bezirksliga und träumt vom Aufstieg. Die 11er-B-Mädchen spielen in der höchsten Berliner Spielklasse – der Verbandsliga. Die D-Mädchen sind gerade dabei, sich für die Meisterschaftsrunde von Berlin zu qualifizieren.

Der FFC 09 will auch die individuelle Entwicklung der Spielerinnen sowie den Teamgeist fördern. Herkunft oder Hautfarbe spielen keine Rolle. Der Verein will zudem Talente finden und entwickeln. Solche Talente sind etwa die 7-jährige Isabella Stolze, Luca Scheel oder Philia Henning. Letztere spielt heute bei den B-Mädchen. Evrim Sommer hat im vergangenen Jahr die Patenschaft für Philia übernommen.

Der Lichtenberger FFC 09 hat aber ein großes Problem: Die Mädchen und Frauen müssen auf einem Schotterplatz in der Hohenschönhausener Straße trainieren. Die Verletzungsgefahr ist entsprechend groß. Die kleinen Mädchen können dort gar nicht spielen. Hier muss dringend etwas getan werden. Derzeit trainiert der Verein bei Sparta Lichtenberg – aber das kann nur eine Übergangslösung sein. *Dr. Robert Sommer*

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Wolfgang Schmidt

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss Ausgabe 10/12: 29.11.2012

Die nächste Ausgabe erscheint am 7.2.2013

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 25.1.2012

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Freitag, 14.12., 19 Uhr**
Lesung und Bilderschau: Reise durch den Untergrund von Berlin und Europa, Architektur, Kultur und Konstrukt; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Sonntag, 15.12., 16 Uhr**
Weihnachtskonzert der Clara-Schumann-Chöre und des Jugendorchesters der Schostakowitsch-Musikschule; Erlöserkirche, Nöldnerstraße 43
- **Dienstag, 18.12., 19 Uhr**
„Oh, du garstige Weihnachtszeit“, satirisches Weihnachtsprogramm des Zimmertheaters in der KULTschule; Kulturhaus Karlshorst/Studiobühne, Treskowallee 112
- **Montag, 24.12., 15 Uhr**
Ein besinnlicher Weihnachtsnachmittag für Einsame und Alleinstehende, Kaffeetafel und Imbiss; Seniorenbegegnungsstätte, Judith-Auer-Straße 8, bitte anmelden unter Telefon: 97106251
- **Montag, 31.12., 22 Uhr**
Silvesterkonzert auf der Amalien-Orgel; Kirche Zur Frohen Botschaft, Weseler Straße 6, Eintritt: 12/9€
- **Donnerstag, 10. Januar 2013, 15 Uhr**
„Im Banne des Siebengebirges – das Rheintal zwischen Linz und Köln“, Dia-Vortrag mit Günter Creutzburg; Seniorenbegegnungsstätte „Rusche 43“, Ruschestraße 43
- **Sonntag 12. Januar, 15 Uhr**
„Viva la musica“, festliches Konzert zugunsten des Wohnprojekts UNDINE; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Eintritt: 18€, Kartenbestellung unter Telefon: 57 79 94 22
- **Ausstellungen:**
 - „Fernweh und Nahaufnahmen“, Reisefotografie von Sabine Geschke; Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 14 (noch bis 29.12.)
 - Ausstellungseröffnung: „Geist und Geister“, Ausstellung der Montagsmaler; Stadtteilzentrum, Hagenstraße 57, Montag, 10.12., 17 Uhr (noch bis 18.1.)
 - „Wegbegleiter“, Plastiken und Zeichnungen von Emerita Pansowowä; GBM-Galerie, Weitlingstraße 89, geöffnet: montags bis freitags, 10 bis 16 Uhr (noch bis 8. Februar)
 - „Die über 170-jährige Geschichte des Tierschutzvereins für Berlin“; Anna-Seghers-Bibliothek, Prerower Platz 2 (noch bis 17.2.)